

Wie sozial ist die SPÖ?

Mit tiefroten Plakaten und linken Slogans stellt sich die SPÖ als Partei für ArbeiterInnen dar, die sich für soziale Gerechtigkeit einsetzt. Doch in den letzten Jahrzehnten ist die SPÖ durch neoliberale Privatisierungen aufgefallen. Ist sie nun nach links gerückt? Wir haben uns die Taten hinter den Worten und das Programm hinter den Slogans angesehen.

Seite 2

Aufstand in der Türkei

Eine Parkbesetzung gegen ein Bauprojekt entzündet eine Massenbewegung gegen die AKP-Regierung. Erdoğan versucht, der globalen Krise durch das Durchsetzen von Großbauprojekten zu trotzen. Die Profite laufen aber in die Taschen der Großkonzerne – die Bevölkerung hat nichts davon. Nihat Candan, Sosyalist Alternatif, CWI in der Türkei, berichtet.

Seite 12

Schwerpunkt

„Working poor“ bedeutet „Arm trotz Arbeit“. Dieses Phänomen wird durch die Wirtschaftskrise noch verstärkt. Ein Schwerpunkt über Ursachen und Lösungsansätze. Seiten 7–10



Normalpreis €1,-
Solipreis €2,-

VORWÄRTS

SLP
Sozialistische LinksPartei

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 220 | 07/08.2013



Wir leben in „stürmischen Zeiten“. So weit hat die SPÖ recht. Doch dass Faymann der gute Steuermann wä-

tails von den Regierungsparteien. Letztlich sind sie alle miteinander rat- und planlos angesichts des ge-

solvenz angemeldet (Quelle: Alpenländischer Kreditorenverband). Betroffen sind u.a. große Unterneh-

sche Management schuld ist, kratzt nur an der Oberfläche. Darunter liegt die größte Wirtschaftskrise seit den 1930er Jahren. Sie

zeigt, dass auf Dauer ein stabiler Kapitalismus nicht möglich ist. Sie zeigt, dass eine „soziale Marktwirtschaft“ nur eine leere Worthülse ist und Armut und Arbeitslosigkeit ein normaler Bestandteil dieses auf Profitlogik gebauten Wirtschaftssystems sind. Auch deswegen sagt die SLP: Sozialismus statt kapitalistisches Chaos!

Die SLP fordert:

Kämpfen gegen Arbeitslosigkeit, Prekarisierung und leeres Börsl:

- Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn!
- Mindestlohn von € 1.700 brutto!
- Mietobergrenze: 10 % des Einkommens!

Kämpfen gegen Politik für Banken und Konzerne:

- 10 Milliarden für Bildung und Soziales!
- Superreiche enteignen statt Massenentlassungen!
- Sozialabbau bekämpfen!

Massenentlassungen, Armut, Wohnungsnot Das ist Normalität des Kapitalismus auch bei uns.

re, der das Boot sicher in den Hafen bringt, ist bestenfalls ein Wunschtraum der SPÖ. Die ÖVP setzt bei KandidatInnen und Programm auf „Wirtschaftskompetenz“. Sie will die Wirtschaft „entfesseln“ – wohl von Kündigungs- schutz, Umweltauflagen und Unternehmenssteuern. Die Opposition unterscheidet sich nur in De-

rade beginnenden nächsten Wirtschaftseinbruches. Es mag sein, dass es der aktuellen Regierung gelingt, die Zahlen bei Arbeitslosigkeit, Schulden und Armut bis nach der Wahl noch künstlich „schön“ zu halten. Doch die Richtung ist klar. Seit Monaten jagt eine Insolvenz die andere. Im ersten Halbjahr 2013 haben jede Woche 112 Firmen In-

men wie Schlecker/Dayli, Niedermeyer, MPS und die Alpine Bau GmbH. Bei letzterer handelt es sich um die größte Insolvenz der 2. Republik. Die Folgen sind noch nicht abzusehen, doch es sind direkt und indirekt weit über 100.000 Menschen davon betroffen. Die Frage, ob die spanischen EigentümerInnen oder das österreichi-

Sonja Grusch,
Spitzenkandidatin der SLP
für die Nationalratswahl

Der Standpunkt



von Sonja Grusch Edward Snowden, der Aufdecker, der Held, der Verräter. Es ist eine Frage der Betrachtungsweise. In Europa ist diese relativ einheitlich. Da auch die politische Elite bespitzelt wurde, ist die öffentliche Empörung über die breitangelegten Überwachungen durch die USA enorm. Doch ist das alles weder überraschend noch neu. Professionelle Kriminalität nützt stets die neuesten technischen Möglichkeiten – das gilt für die typische Mafia-Organisation ebenso wie für Großunternehmen bei der Werksspionage und auch für Staaten bei der Sicherung ihrer Position im internationalen Machtgefüge.

Für volle und lückenlose Überwachung!

Die Empörung von Merkel, Faymann & Co. ist mehr als scheinheilig. Sie selbst bespitzeln massiv die „eigenen“ BürgerInnen. Klarzustellen ist: Es geht ihnen nicht um die Rechte der BürgerInnen, sondern darum, dass ein imperialistischer Staat sich dem anderen gegenüber gerne bedeckt hält. Die Debatte über Transparenz einerseits und Schutz der Privatsphäre andererseits geht an einem wichtigen Bereich völlig vorbei. Es gibt nur lückenhafte Informationen über den Reichtum. Wie viel Stronach & Co. besitzen ist nicht bekannt. PolitikerInnen und Parteien müssen Angaben über ihre GeldgeberInnen erst ab einer bestimmten Summe machen. Unternehmen verschleiern sich hinter dem „Betriebsgeheimnis“. Jeder BuchhalterIn weiß, dass die veröffentlichten Bilanzen fern der Wahrheit sind. Verhandlungen werden geheim geführt, die Öffentlichkeit erfährt bestenfalls Details. Alle diese Informationen werden uns vorenthalten, um die himmelschreieende Ungerechtigkeit, die es im Kapitalismus gibt, nicht zu offensichtlich zu machen. Während sie uns also durchleuchten, wollen sie von sich nichts preisgeben. Schluss mit der Bespitzelung unserer Schlafzimmer, E-Mails und Telefonate. Hier mit der vollen Information und Überwachung von Wirtschaft und Politik durch die ArbeiterInnenbewegung!

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP),
Pappelheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien,
Herstellungs- und Verlagsort: Wien, | DVR: 08202021 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U
Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733

Leistbare Mieten, sozialer Wohnbau? Fehlanzeige!

Mit sieben Punkten will die SPÖ „leistbares“ Wohnen schaffen. Wohnungen für Menschen, die keinen mind. fünfstelligen Betrag für eine „geförderte“ Wohnung hinblättern können, finden sich nicht unter diesen Punkten. Sozialen Wohnbau gibt's nur als Widmungskategorie für Grundstücke, die dadurch billiger werden sollen(?). Vorgesehen als solcher ist er nicht. Wo dadurch Wohnungen für sozial Bedürftige herkommen sollen,

verstehen wohl nur SPÖ-FunktionärInnen. Effektive Mietobergrenzen fehlen, nur die „Klarheit“ für Zuschlüsse beim Richtwertmietzins ist im „7-Punkte-Programm“. Maßnahmen gegen unleistbare und zumeist illegal überhöhte Mieten fehlen darin ebenso wie Instandhaltungspflichten für VermieterInnen. Die Aushöhlung des Mietrechts und die Wohnungsnot für Menschen mit niedrigem Einkommen bleiben also.



Sozialabbau mit rotem Mäntelchen

Den massiven Sozialabbau der letzten Jahre bezeichnet die SPÖ als „eine Fülle an Maßnahmen ...“, die die Situation der Arbeitneh-

mer, Androsch, Klima & Co als ManagerInnen in Unternehmen für Stellenabbau und Lohnkürzungen. Die SPÖ stimmte im Parla-

Die SPÖ ruft im Wahlkampf nach den Opfern ihrer Politik – den ArbeiterInnen.

merInnen verbessert“. Beispiele: die „bedarfsorientierte Mindestsicherung“ mit Verschlechterungen und Schikanen für die Ärmsten; verstärkte AMS-Schikanen für Erwerbslose und Ältere, die „Rot-Weiß-Rot-Karte“ – eine Kategorisierung von MigrantInnen nach ihrer profitablen Verwertbarkeit; das Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz, das an Prekarisierung und Niedriglöhnen nichts ändert.

Öffentlichen Dienst. „Gegen die Herrschaft der Milliardäre“ sollen Steuerrechtsänderungen helfen. Es wird eine Millionärssteuer gefordert, wie schon vor dem letzten Sparpaket, von der nichts blieb. Das Sparpaket enthält stattdessen massive Angriffe auf Pensionen, Kürzungen im Gesundheitswesen und heftigen Sozialabbau in Ländern und Gemeinden. Gleichzeitig sorgen SPÖ-KarrieristInnen wie Ede-

ment als Oppositions- und als Regierungspartei für die ständigen rassistischen Verschärfungen des Fremdenrechts und geht gleichzeitig bei MigrantInnen auf Stimmenfang. Als Regierungspartei plant die SPÖ in Wien die Schließung von fünf Spitälern. Hinter der linksblinkenden Propaganda der SPÖ steckt kaum Konkretes für die Zukunft und viel Bejubelung der neoliberalen Taten der Vergangenheit. **Helga Schröder**



Die SPÖ lebt vom Vergessen...

Soziale Rhetorik beim Stimmenfang, Sozialabbau in der Praxis. Als Ausrede dient der Koalitionspartner. Die SPÖ behauptet seit Jahrzehnten, die ÖVP würde Umverteilung blockieren und weist darauf hin, dass mit einer gestärkten SPÖ soziale Politik möglich wäre. Doch auch die Forderungen sind schaumgebremst – die Unterstützung der Gewerkschaftsforderung nach einer sechsten Urlaubswoche wurde wie-

der fallen gelassen. Tatsächlich hat in den letzten Jahrzehnten weder der Gang in die Opposition noch die Alleinregierung oder irgendeine Variante der Koalition die SPÖ davon abgehalten, neoliberale, unsoziale und rassistische Politik zu betreiben. Wer hofft, dass es diesmal anders wird, wird wieder enttäuscht werden. Ein kleineres Übel ist eben doch ein Übel. Was es braucht, ist eine neue ArbeiterInnenpartei!

Zeit für die politische Alternative!

Zur Nationalratswahl planen eine ganze Reihe kleiner und neuer Parteien den Wahlauftakt. Monarchisten, Christen, Männerpar-

zwängen“ des politischen Alltags, leisten sie praktisch keine greifbare Opposition zu Kürzungen bei Sozialem und Bildung.

sie kein Ansatzpunkt. Aber sinnvolle Opposition braucht eine Alternative zum derzeitigen Kürzungs- und Banken-

Innen und Jugendliche derzeit dringend brauchen, ist eine eigene Partei - eine ArbeiterInnenpartei mit sozialistischem Programm. Eine Partei, die nicht nur zu Wahlen antritt, sondern auch eine Plattform für die verschiedensten linken Bewegungen und Klassenkämpfe ist. Zarte Ansatzpunkte dafür gibt es immer wieder: Linke GewerkschafterInnen, die Kämpfe organisieren; FlüchtlingsaktivistInnen; Erwerbsloseninitiativen. Wir laden zur Beteiligung an unserem Wahlkampf ein und dazu, mit uns einen Schritt in Richtung dieser neuen ArbeiterInnenpartei zu gehen.

Tilman M. Ruster

Der Einheitsbrei der etablierten Parteien schmeckt nach Kürzung. Wir brauchen unsere eigene Partei!

tei, Wandel, Piraten & Co. sind nur einige davon. Die Bekanntesten sind Stronach und die Neos (beide von Millionären finanziert). Viele hatten ihre Hoffnung auf eine politische Alternative in die Piraten gesetzt. Doch die gesammelten parlamentarischen Erfahrungen der Partei in Österreich und Deutschland zeigen sehr schnell: Völlig hilflos zu einer Mobilisierung oder auch nur Position gegenüber den „Sach-

So gut wie allen neuen Projekten ist eines gemeinsam: Sie sind wirtschaftsliberal, behübscht teilweise durch fortschrittliche gesellschaftspolitische Forderungen bei Homosexualität, Urheberschutz etc.

Die ArbeiterInnenbewegung, die als Einzige der asozialen Krisenpolitik der Herrschenden effektiven Widerstand entgegenstellen kann, ist für

rettungs-Konsens. Sie braucht eine klare, antikapitalistische Perspektive. Die SLP hat ein solches Programm und tritt unter dem Slogan „Sozialismus statt kapitalistisches Chaos! SLP Wählen! Mit uns aktiv werden!“ zur Wahl an. Ein linkes Wahlbündnis haben wir seit einem Jahr angestrebt, leider erfolglos.

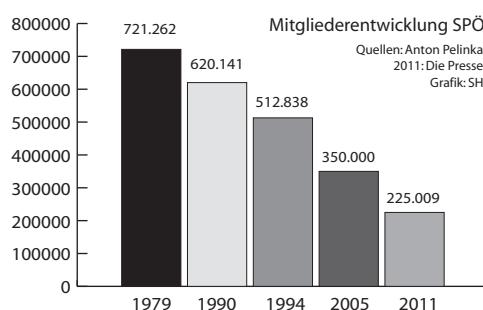
Was ArbeitnehmerInnen, Erwerbslose, Pensionis-



Was neues muss her!

Wozu wählen, wenn es ohnehin nichts ändert, denken sich immer mehr Menschen; die Wahlbeteiligung sinkt: Bei den NR-Wahlen 1975 lag die Beteiligung bei 92,9 %, 1986 immerhin noch bei 90,5 %. 1994 waren es 81,9 % und 2008 lag der Anteil bei 78,8 %. Bei manchen Wahlen sinkt die Beteiligung auf magere 40 %. Kein Wunder: 98 % halten PolitikerInnen für käuflich, 87 % haben kein Vertrauen in die Politik.

Der Wunsch nach Mitbestimmung wird lauter. 56 % meinen, dass Politik „zu häufig gegen die Wünsche der Bürger gemacht wird“. 3 von 4 denken, dass „die Politik die drängenden Probleme nicht lösen kann“. Nur 33 % vertrauen politischen Parteien. 89 % wollen mehr Mitbestimmung der BürgerInnen in der EU (und wohl auch hierzulande), 73 % haben das Gefühl, die Parteien wollen ihre Macht „nicht teilen“.



Auch der Wunsch nach „etwas Neuem“ ist stark: 64 % haben einen starken Wunsch nach politischen Reformen. 46 % können sich vorstellen, eine der neuen Parteien zu wählen. 79,2 % wollen eine neue Partei im Parlament. Das

Vertrauen in die aktuelle Politik ist demgegenüber gering: Nur 3 % haben ein sehr/eher hohes Vertrauen in die Regierung, nur 14 % haben Vertrauen in Parteien.

Der rechte Rand

Der Stoßseufzer „Es ist ein rechtes Kreuz!“ gewinnt zunehmend an Doppeldeutigkeit: Vor dem Hintergrund der anhaltenden Krise und einer europaweiten Islamophobie scharen sich selbsternannte „Beschützer des christlichen Abendlandes“ zusammen und finden sich im rechtsextremen Eck.

Es ist kein Zufall, dass die faschistische „Goldene Morgenröte“ in Griechenland massiv gegen den Bau einer Moschee mobilisiert und die rechtsextreme deutsche „Pro-Bewegung“ ihren Ursprung im „Abwehrkampf“ gegen eine geplante Kölner Zentral-Moschee hatte.

Auch die heimischen „Glaubenskrieger“ zeigen keinerlei Berührungsängste mit dem rechten Rand und umgekehrt: Ob sich AbtreibungsgegnerInnen von „Human Life International“ treffen, ob sich eine „Bürgerinitiative Dammstraße“ gegen den Ausbau eines Gebetshauses gründet, oder ob der „Urchrist“ und angebliche „Paster“ Hans-Georg Peitl auf einem Demoplakat „Henkt die Verräter!“ schreibt: stets finden sich wohlwollende FreundInnen oder UnterstützerInnen gerade aus dem rechtsextremen Eck. Auf den Homepages der diversen Fundis wird u.a. auf „unzensiert.at“, „stolz-und-frei.at“ oder die „Identitäre Bewegung“ verlinkt.

Übrigens: Rudolf Gehrung will mit seiner „Christlichen Partei Österreichs“ zur Nationalratswahl antreten, wie auch eine „Österreichische Bürgerpartei“ – die sich aber nicht die Mühe macht, Unterstützungserklärungen zu sammeln, sondern in einem offenen Brief drei Stimmen aus dem Nationalrat erheischt. Inhaltlich gibt's aus FPÖ und ÖVP da sicher Unterstützung.

Alexander Svojtko

MigrantInnen sind ein wichtiger Teil der ArbeiterInnenklasse. Das zeigt der „Türkenstreik“ in den Kölner Fordwerken 1973: Die Firma nimmt die Tatsache, dass 300 ArbeitnehmerInnen zu spät aus dem Urlaub in der Türkei zur Arbeit kamen (damals wurde mit dem Auto gefahren, diese Verspätungen waren üblich und akzeptiert) zum Anlass, diese zu entlassen. Die miese Bezahlung der TürkInnen und der steigende Arbeitsdruck (die Stellen werden nicht nachbesetzt) bringen das Fass zum Überlaufen: Am 24.8. beginnt ein Streik in der Endmontage; am Abend steht das gesamte Werk. Hauptforderungen sind eine Lohn-

Frisch gekämpft, ist halb gewonnen!

erhöhung, die Senkung des Fließbandtempo und die Wiedereinstellung der Entlassenen. Getragen wird der Streik v.a. von türkischen KollegInnen, die mit 12.000 Beschäftigten ein Drittel der Belegschaft bilden. Eine gewählte Streikführung organisiert Streikposten, Versorgung und Demos durch den Betrieb. Es ist ein wilder Streik. Die Gewerkschaft hat die türkischen Beschäftigten nicht organisiert und kein Interesse am Streik. Gewerkschaft und Betriebsrat besprechen mit Geschäftsleitung und Polizei, wie sie den Kampf beenden können, Medien hetzen gegen den „Türken-Terror“. Am 30.8 greift eine „Gegendemo“ (Firmenfunktionäre, Polizisten und Streikbrecher) den Streik brutal an. Die Streikführer werden verhaftet, über 700 ArbeitnehmerInnen verlieren ihre Jobs. Der Kampf scheitert an der rassistischen und sozialpartnerlichen Grundhaltung der Gewerkschaft.

Flo Klabacher



Die Schule steckt im Vor-Gestern!

„Reformen“ werden v.a. als Anlass für Kürzungen genommen. Dabei wird bewusst ein falsches Bild von „betonierenden“ Leh-

oft überlastet oder nicht existent. 60 Stundenwochen sind für LehrerInnen in den ersten Jahren keine Seltenheit!

rInnen, sondern der Politik, die sich mit völlig verkrusteten und veralteten Familien- und Rollenbildern gegen Veränderungen

als Bittsteller gegenüber. Rechtsansprüche werden zu „Kannbestimmungen“ umfunktioniert. Das soll mit dem neuen Dienstrecht jetzt festgeschrieben werden. Insofern ist es gut, dass sich die Gewerkschaft dagegen stemmt. Es ist aber falsch, es dann auf dem Rücken der künftigen KollegInnen zuzulassen. Wir brauchen ein neues Dienstrecht und jene Milliarden in der Bildung, die für Bankenrettungspakete zur Genüge vorhanden sind! Das heißt v.a. echte Demokratie für SchülerInnen UND LehrerInnen auf allen Ebenen: von der Bestellung der DirektorInnen über Stoff- und Methodenauswahl bis hin zur Verteilung des Geldes.

Ein Berufsschullehrer

Das Bildungssystem geht an den Bedürfnissen von SchülerInnen, LehrerInnen & Familien vorbei.

rerInnen präsentiert. In Wirklichkeit sind es Politik, Wirtschaft und Schulverwaltung, die sich gegen eine echte Schulreform stemmen. Unterricht wird immer komplexer, Vor- und Nachbereitung aufwendiger. Wenn LehrerInnen länger „in der Klasse stehen“ und längere „Anwesenheitspflicht“ (=Supplierungen) haben, bleibt dafür weniger Zeit. Die Personalvertretung ist

Unsere Gesellschaft verändert sich rasant, die Schule allerdings kaum. Viele Gebäude sind alt, die Klassenräume bestenfalls unpersönlich. Eine lernfreundliche Umgebung sieht anders aus! Berufstätige Eltern sind Realität und immer mehr erzieherische Aufgaben wandern in Richtung Schule. Die Schule ist daran nicht angepasst worden. Das alles ist nicht Schuld der Lehre-

gen sperrt. Fortschrittliche pädagogische Ansätze gibt es genug. Bestenfalls aber bleiben diese als Schulversuch „stecken“ und sind völlig überlaufen oder im Privatschulgremium und nicht leistbar.

Demokratie ist nicht nur noch nicht in der Schule angekommen, sie wird auch immer weiter beschnitten. Schüler- und LehrerInnen stehen der Schulverwaltung vermehrt

Ehrenamt ist nicht Ehrensache!



Ehrenamt sei Ehrensache, argumentierte Innenministerin Mikl-Leitner angesichts der Debatte um Entgeltfortzahlung beim Hochwassergipfel. Die HelferInnen seien freiwillig vor Ort und dürfen nicht damit rechnen, für die Zeit Lohn/Gehalt zu erhalten. Aber „die Wirtschaft ist solidarisch“ mit den Freiwilligen, was das auch immer heißt. Ehrenamtliche Arbeit ist eine unbezahlte Arbeitsleistung, deren Ergebnis Men-

schen außerhalb des eigenen Haushalt zufließt. Damit werden Frauen, die den größten Teil der unbezahlten Haus- & Pflegearbeit übernehmen, ausgeschlossen. 44 % der ÖsterreicherInnen leisten per Definition ehrenamtliche Arbeit, sie investieren 720 Millionen Stunden jährlich. Das entspricht der Arbeitsleistung von etwa 400.000 Vollzeitjobs und würde Jahres-Lohnkosten von mindestens 16 Milliarden Euro ausmachen. Zu-

sätzlich müssen die Freiwilligen extra Urlaub nehmen. Wir fordern, dass die HelferInnen einen umfassenden Kündigungsschutz, und weiterhin in vollem Umfang Löhne/Gehälter/Arbeitslosengeld erhalten. Was die ehrenamtliche Arbeit aber auch zeigt, ist die solidarische Seite der Menschen. Und das steht im Widerspruch zur Behauptung, dass der Mensch zu egoistisch für den Sozialismus sei.

Sedef Yavuz

Internationaler Protest gegen Erdogan

Durch die Räumung des Parks in Istanbul am 31. Mai wurde eine landesweite Protestwelle losgetreten. Zehntausende kämpfen gegen die brutale Polizeigewalt und die neoliberale Regierung von Premierminister Erdogan.

Seit Juni gibt es internationale riesige Solidaritätsdemonstrationen. Auch in Österreich marschieren mehrmals Tausende vor allem mit türkischem, kurdischem bzw. alevitischem Migrationshintergrund. In Wien wurde gleich am 1. Juni spontan von türkisch- und kurdischstämmigen TU-StudentInnen eine Demo mit 2.500 TeilnehmerInnen organisiert. Auf einer der Demos betonte Sonja Grusch (SLP-Bundessprecherin): „Wir können uns auf die VertreterInnen des Staates, Österreichs oder der EU, nicht verlassen. Sie sind nicht unsere BündnispartnerInnen im Kampf gegen Erdogan. Auch sie stehen für eine Politik gegen ArbeiterInnen und Jugendliche.“

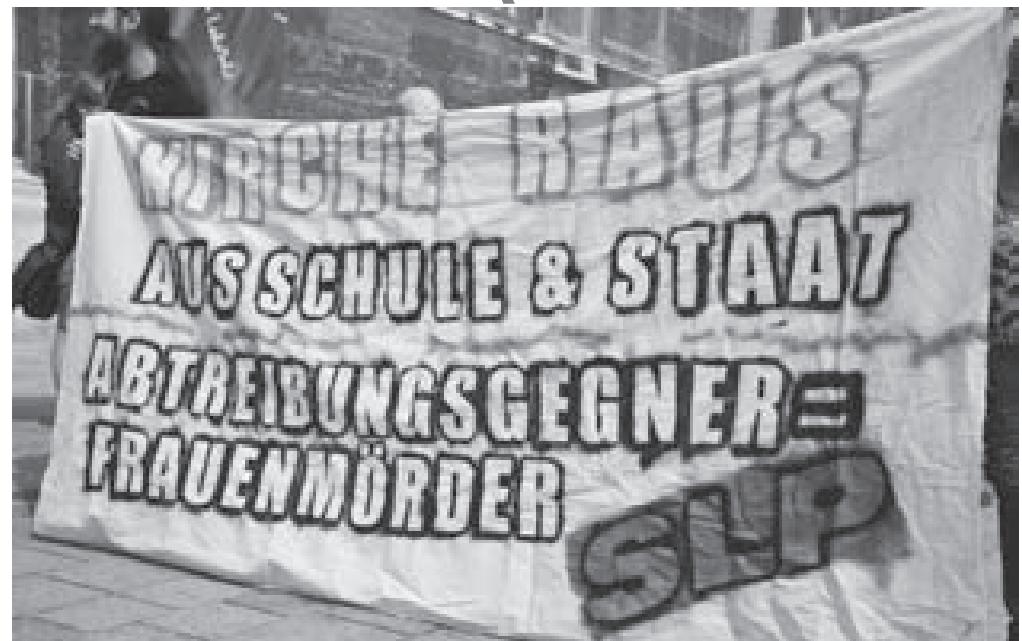
Auch in Linz gab es am 8. Juni einen Protestmarsch mit 800 vor allem jungen MigrantInnen. Am Tag drauf fand in Salzburg eine Demo hin zum türkischen Konsulat statt, die von der SLP mitorganisiert wurde. Jan Rybak (SLP Salzburg) war in der Woche zuvor zufällig in Istanbul und konnte so in seiner Rede

berichten: „Es sind überwiegend junge Leute und unglaublich viele Frauen, die sich zu Wehr setzen. Sie haben keine Angst mehr vor dem Tränengas, den Wasserwerfern oder Verhaftung. Diese Erfahrung kann ihnen keiner mehr nehmen!“

Auch in Österreich beteiligen sich viele junge Frauen an der Bewegung. Die Solidaritätsbewegung zeigt, dass sehr viele MigrantInnen keine „islamistischen Konservativen“ sind, sondern Tausende ihre Stimme erheben und klar zeigen, auf welcher Seite sie stehen.

Die SLP ist österreichweit in der Bewegung aktiv. Neben den türkischen Sprechchören rufen wir auch deutsche. Auf Flugblättern und mit Zeitungen der türkischen Schwesterorganisation der SLP „Sosyalist Alternatif“, machen wir klar, dass andere Teile des Establishments, wie die kemalistische CHP oder die faschistische MHP, keine Bündnispartner gegen Neoliberalismus und Repression sind. Nötig sind Massenmobilisierungen der Gewerkschaften und ein landesweiter umfassender Generalstreik gegen die AKP-Regierung. Nicht nur diese, sondern das kapitalistische System mit seiner Ausbeutung und Unterdrückung muss gestürzt werden!

Jan Millonig



Wir gegen Homophobie!

Die Regenbogenparade in Wien lockte auch dieses Jahr tausende Partytiger auf die Straße. Auf bunten Wagen feierten die Teil-

Klar zu erkennen gaben sich dagegen die christlichen FundamentalistInnen, die mit einer Demonstration am

In einigen Aktionen boten mehrere hundert TeilnehmerInnen den Homophoben in jeder Hinsicht die Stirn. Die SLP mach-

Eine Parade, die ist lustig. Doch die politischen Inhalte dahinter gehen schnell verloren.

nehmerInnen stolz vielfältige sexuelle Orientierungen. So weit so gut.

Was wirklich hinter der Regenbogenparade steckt, nämlich der noch lange nicht entschiedene Kampf um die Gleichberechtigung homo-, bi- und transsexueller Menschen vor Staat und Gesellschaft, lässt sich in dem buntem Treiben schwer ausmachen.

Stephansplatz ihrer homophoben und frauenfeindlichen Haltung Luft machten. Auf den ersten Blick erschienen sie wie ein Haufen geistig verwirrter, doch die Einflüsse solch gefährlicher Gruppierungen z.B. innerhalb der ÖVP sind nicht zu unterschätzen.

Damit den Fundis in Wien keine Bühne geboten wurde, initiierte die SLP eine Protestaktion.

Dominik Unter

1120 Stimmen für leistbaren öffentlichen Verkehr

Der öffentliche Verkehr in Salzburg ist der teuerste aller Landeshauptstädte. Das ist zusätzlich skandalös, da der Großteil der Salzburg AG, des wichtigsten Verkehrsangebieters, in öffentlicher Hand ist (42,56 % Land, 31,31 % Stadt). Auf Kosten der Fahrgäste werden Dividenden ausgeschüttet. Dagegen hat die SLP eine Unterschriftenkampagne gestartet, die auf große Zustimmung stieß. 1120 Menschen unterzeichne-

ten. Die gesammelten Protestunterschriften wurden am 17. Juni bei einer Kundgebung an die Verantwortlichen der Stadt übergeben. „Das Leben ist an sich schon teuer genug! Es ist unerträglich, dass hier noch weiter Preistreiberei betrieben wird!“, so SLP-Aktivist Lukas Kastner in seiner Rede, „Das ist ein starkes Zeichen der SalzburgerInnen, dass sie sich das nicht mehr gefallen lassen!“

Jan Rybak

Termin des Monats

Neuer Stern am Nazi-Himmel?



Seit einigen Monaten macht die rechtsextreme Gruppe "Die Identitären" von sich reden, u.a. in der Flüchtlingsbewegung und beim Maiaufmarsch der SPÖ. Mit unkonventionellen Aktionen stellen sie eine neue Facette in der Szene dar. Sie sind Teil einer internationalen Strömung im Rechtsextremismus und vieles ist dann doch nicht so neu.

SLP-Sommerdebatte mit Heribert Schiedel, Rechtsextrasmusexperte des DÖW

Mittwoch, 21. August, 19.00 Uhr
Wien 20, Pizzeria "La Piazza", Gaussplatz 7



Das Gynmed Ambulatorium in Wien feierte 10-jähriges Jubiläum. Seit über 10 Jahren werden Schwangerschaftsabbrüche in angenehmer Atmosphäre durchgeführt. Der Leiter Christian Fiala engagiert sich durch den Aufbau eines Verhütungsmuseums und auch gegen die radikalen Abtreibungsgegner.

Laut Integral-Marktforschung haben etwa 20 % der Frauen am Ende ihrer Gebärfähigkeit einen Schwangerschaftsabbruch hinter sich. Die tatsächliche Anzahl ist wohl doppelt bis dreimal so groß. Schwangerschaftsabbrüche sind also kein „Minderheitenprogramm“, sondern eine medizinische Leis-

Rote Seitenblicke

tung für einen großen Teil der weiblichen Bevölkerung. Dass Frauen in Wien eine gute Versorgungslage vorfinden, wenn sie sich für einen Abbruch entscheiden, ist letztendlich privaten Initiativen wie jenen von Gynmed zu verdanken.

Aber dass es v.a. private Anbieter sind und Frauen mindestens 500 Euro zu zahlen haben, ist ein Versäumnis der Politik. Die SPÖ hat nach der Durchsetzung der Fristenlösung 1975 kein öffentliches Angebot folgen lassen. Seit 2003 werden offiziell in einigen Gemeidespitälern in Wien Schwangerschaftsabbrüche zum reduzierten Preis von rund 320 Euro angeboten. Doch es handelt sich um eine „Scheinlösung“ mit zahlreichen Hürden (Überweisung, Beratung in einer Beratungsstelle, Blutgruppenausweis sowie gelegentlich Laboruntersuchungen und Voruntersuchung beim Narkosearzt). Das konnten wir im Zuge unserer Kampagne zur Verteidigung des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch aufzeigen.

Claudia Sorger



Brasilien: WM löst Proteste aus

Im Juni hat eine Welle von Massenprotesten Brasilien erschüttert. Grund sind die Vorbereitungen auf die Fußball-WM 2014. In mehr als 80 Städten fanden De-

flossen den Bau von Stadien. Die Polizei hat mit militärischen „Befriedungskampagnen“ die urbanen, überwiegend schwarzen Nachbarschaften terrori-

erhöhungen für den öffentlichen Verkehr. In den Medien haben die Proteste das Turnier, das als Test für die WM 2014 galt, völlig überschattet.

de Socialismo e Revolução (LSR, CWI Brasilien) war von Beginn an in der Bewegung aktiv und hat ein Programm vorgeschlagen. Konkrete Forderun-

Wütende Massenbewegung gegen Preissteigerungen im öffentlichen Verkehr erzielt Etappensieg

monstrationen statt, die größten in São Paulo und Rio de Janeiro.

Seit Brasilien und Rio Gastgeber der Fußball WM 2014 und der Olympischen Spiele 2016 wurden, gab es massive Angriffe auf die Armen und ArbeitnehmerInnen. Tausende verloren aufgrund geplanter Bauprojekte ihre Wohnungen. Öffentliche Gelder sollten die Verkehrsinfrastruktur verbessern, aber das Geld

siert. Die Korruption blüht.

Seit Jahren gibt es immer wieder Demonstrationen gegen diese „Begleiterscheinungen“ der WM-Vorbereitungen. Sie wurden von den verschiedenen sozialen Bewegungen organisiert. Aber Mitte Juni kamen diese Proteste gerade vor dem FIFA Confederations Cup zusammen und brachten Millionen auf die Straße. Der unmittelbare Auslöser waren die Preis-

Für die Herrschende Klasse in Brasilien war das natürlich mehr als peinlich. Da Polizeirepression gegen die Proteste wirkte, änderten die PolitikerInnen ihre Taktik und versuchten es mit Zugeständnissen. So konnte die Bewegung in mehreren Städten eine Tarifsenkung im öffentlichen Verkehr erreichen. Das war ein großer Ansporn, wirft aber auch die Frage eines „wie weiter“ auf. Liberde-

gen wie kostenloser öffentlicher Verkehr, ein Ende der Polizeirepression und ein in einer bundesweiten Versammlung entwickelter Aktionsplan können die Bewegung einen und nach vorne bringen. Der letzte Punkt ist essentiell. Ohne demokratische Strukturen und einen Plan, wie die Bewegung weiterentwickelt werden kann, kann die Energie der Bewegung verpuffen.

Brettros

ORF nicht Ingeborg

Die Verleihung des „Ingeborg-Bachmann-Preises“ wird künftig wegen Einsparungen des ORF vermutlich mit Sponsoren finanziert. Der Widerstand gegen die angekündigte Abschaffung war groß. Wie ist es möglich, dass der österreichische Staatssender samt Kulturauftrag überlegte, einen so prestigeträchtigen Literaturpreis fallen zu lassen?

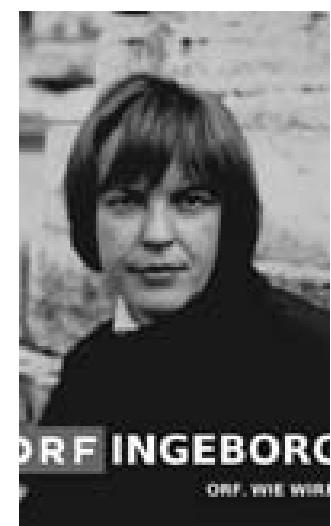
In Zeiten der Krise wird der Ruf nach Kosteneinsparungen und Effizienz lauter: Sei es nun bei Ge-

hältern, Sozial- und Bildungseinrichtungen oder der Kunst. Der Rotstift wird überall angesetzt, wo man zu wenig Profit- und Vermarktungschancen erwartet. Der Bachmann-Preis bzw. dessen Aufzeichnung über drei Tage scheint für den ORF ein solcher Problemherd zu sein.

Man kann von den Tagen der deutschsprachigen Literatur und dem damit einhergehenden Bachmann-Preis halten, was man möchte. Doch Sponsorenwesen kann hier

rasch zur Zensur werden und die Präsentationsmöglichkeiten gerade für junge und auch kritische AutorInnen reduzieren. Ob eine Auseinandersetzung mit dem Widerstand der Kärntner Slowenen gegen die Wehrmacht wie in „Im Kessel“ oder z.B. mit Kommerz & Co. bei Sponsoren aus der Wirtschaft überhaupt einen Platz haben wird ist auf Dauer fraglich.

Clemens Wiesinger



VORWÄRTSSCHWERPUNKT



Viel Arbeit für kein Geld

„Suchen Sie sich doch eine Arbeit!“ Dieser meist abschätzig gemeinte Pseudo-Ratschlag hat mittlerweile auch das letzte Quäntchen Sinn eingebüßt. Erstens heißt Suchen noch lange nicht Finden. Und selbst wenn man eine Arbeit gefunden hat, sollte sie zumindest menschenwürdig sein. Doch die Einkommenshöhe ist in vielen Branchen, nicht nur in „traditionellen“ Nied-

in einem Familienverband. Sobald einE PartnerIn längere Zeit kein Einkommen beitragen kann, kann man schnell Richtung Armutsgefährdungsschwelle rutschen. Bei AlleinerziehernInnen ist der Zwang zur Teilzeit aufgrund fehlender Kinder-Betreuungsmöglichkeiten oft der ausschlaggebende Grund für den Verarmungsprozess, selbst in bessergestellten Berufen. Man könnte ver-

keit Sozialleistungen. Und trotzdem bleibt am Ende des Monats bei vielen nur ein Loch in der Geldbörse. Jegliches Mindesteinkommen müsste deutlich über der EU-SILC-Schwelle liegen. Zigtausende müssen sich jedoch mit weniger als 600 € netto durchschlagen. Wir fordern daher 1.700 € brutto Mindesteinkommen.

Reden wir Klartext: Armut ist nicht Folge von

wirtschaft“. Ein ebenso notwendiger Bestandteil wie die Lohnarbeit selbst, die an sich Ausbeutung bedeutet.

Die Zunahme an „working poor“ hat dieselben Ursachen wie die kapitalistische Krise, die seit einigen Jahren mal stärker, mal schwächer um sich greift. Diese Krise ist nicht bloß durch Spekulation verursacht, auch wenn diese ei-

schäftigten entrissen werden, um konkurrenzfähig zu bleiben. Gleichzeitig drohen bei Fortsetzung dieses Systems der Mehrzahl der Bevölkerung griechische Verhältnisse und in letzter Konsequenz der Zusammenbruch der Gesellschaften infolgedessen, was mit der Armut einhergeht (z.B. Gewalt und Rassismus). Sieht man von der vergleichsweise geringen Zahl an Superreichen

Armut ist weder individuelles Versagen noch eine Fehlentwicklung der gegenwärtigen Gesellschaft.

riglohnsektoren, für eine solide Existenzgründung unzulänglich. Seit vielen Jahren gibt es Lohn- und Gehaltsabschlüsse, die der Teuerung hinterherlaufen. Von echten Lohnzuwächsen ganz zu schweigen.

Jemand, der trotz regelmäßigm Erwerbsarbeits-Einkommen arm oder von Armut bedroht ist, wird als „working poor“ bezeichnet. Drei Viertel aller „working poor“ in Österreich leben mit PartnerIn bzw.

muten, dass der überwiegende Anteil der „working poor“ aus diesem Teilzeitbereich kommt. Tatsächlich spielen Vollzeitjobs die größere Rolle. Die Präkarisierungswelle der 1990er und 2000er Jahre macht(e) nicht bei den sogenannten „StudentInnen-Jobs“ halt.

Neben dem Erwerbseinkommen sind sog. Transferleistungen mitentscheidend. Der „harte Kern“ der „working poor“ bezieht neben der Erwerbstätig-

persönlichen Unzulänglichkeiten oder „mangelndem Leistungswillen“, wie es Wohlstands-Liberale in ihrer Arroganz gerne formulieren. Armut ist ein systematisches Problem für Millionen Menschen. Wobei es noch schlimmer kommt: Armut ist kein Nebenprodukt oder eine Schieflage der kapitalistischen Entwicklung. Armut ist ein notwendiger Bestandteil ebendieser „freien Markt-

ne Rolle spielt. Es liegt eine strukturelle Überproduktion sowie ein Überangebot an Kapital vor, das nicht mehr mit den hohen Profitraten der Vergangenheit investiert werden kann.

Gerade die global wachsende „Armut trotz Lohnarbeit“ zeigt uns, dass der Kapitalismus nicht nachhaltig sein kann. Aus Sicht der Unternehmen muss ein immer größerer Anteil der erarbeiteten Werte den Be-

ab, die in den letzten Jahren von den neoliberalen Offensiven profitiert haben, steht der Kapitalismus trotz Sozialraub und Verarmung breiter Schichten nicht besser da als in den 1960er- oder 1970er-Jahren. Die Krise ist ebenso wie die durch sie verstärkte Verarmung keine Fehlentwicklung im Kapitalismus, sondern eine eindeutige Konsequenz der Profitlogik.

Franz Neuhold



Zahlen und Fakten: "working poor" in Österreich

"working poor" heißt: Eine Erwerbsarbeit bzw. ein Einkommen zu haben und trotzdem arm oder armutsgefährdet zu sein. Offiziell bedeutet das für eine Einzelperson, dass man inklusive Erhalt von Sozialleistungen weniger als 1.066 € pro Monat zur Verfügung hat. Bei weiteren Personen, die in einem Haushalt leben, muss dieser Betrag entsprechend höher liegen. Erwachsene und Kinder werden hierbei unterschiedlich gewichtet. Doch diese offiziellen Grenzwerte der EU (statistische Erhebungen namens EU-SILC) sind unzulänglich, um das vollständige Ausmaß der Armut zu erfassen.

Einige Tatsachen zu diesem Thema:

Hoch gefährdet sind: AlleinerzieherInnen, Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen oder „Vermittlungseinschränkungen“ (geringe formale Ausbildung, Schulden) und MigrantInnen.

Mindestens 16 % aller Vollzeiterwerbstätigen verdienen so wenig, dass sie unter der statistischen Armutsgefährdungsschwelle liegen, bei Teilzeitkräften sind es 26 %.

➤ **Bemerkenswert ist** der Anstieg des Anteils der LeiharbeiterInnen unter den working poor: 2003 waren es 3 %, im Jahr 2010 bereits 9 %.

➤ **43 % der „working poor“** arbeiten im Dienstleistungssektor. Durchschnittsbezahlung: 8,57 € pro Stunde. Laut EU-Statistik SILC sind in diesem Bereich 38 % prekär (unsicher) beschäftigt.

➤ **Der Anteil** der working poor im Niedriglohnsektor (Verdienst zwei Dritteln oder weniger des mittleren Verdienstes der Beschäftigten in Österreich) liegt bei 39 %.

➤ **In Wien verdienen** 39 % der mehr als 10.000 working poor weniger als 6,50 € pro Stunde.

➤ **60 % der BezieherInnen** der Mindestsicherung erhalten diese finanzielle Unterstützung bzw. einen Teil davon, weil ihr Erwerbseinkommen zu gering ist, obwohl auch mit Sozialleistungen das Geld kaum reicht.

➤ **Diese Formen** der Armut werden in hohem Ausmaß an die nächste Generation weitergegeben.

Die kapitalistische Wirklichkeit: Wenn Armut zur Normalität wird.

Eine Definition von Armut kann abhängig von Ort und Zeit völlig anders ausfallen und ist überdies vom sozialen, politischen und kulturellen Blickwinkel abhängig. Oftmals wird mittels Begriffen wie „absolut“, „relativ“ und „gefühlt“ eine grobe Unterscheidung

rielle Basis ist im Wesentlichen das verfügbare Einkommen. Doch oft müssen mehrere Menschen mit einem gegebenen Einkommen auskommen (Stichwort: AlleinerzieherInnen).

Armut ist selbst in reichen Ländern allgegenwärtig. In der EU gibt es erst seit

Einen Job zu haben, garantiert noch lange kein sorgenfreies Leben...

getroffen. Wikipedia fasst Armut als „primär mangelnde Befriedigung von Grundbedürfnissen wie Kleidung, Nahrung, Wohnung, Gesundheit“ zusammen. Grundlegender formuliert ist es die materielle Verhinderung an der umfangreichen Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Mehr Informationen dazu auf www.armutskonferenz.at unter "Armutskonzepte".

Mitunter sind die Auswirkungen von Armut erst auf den zweiten oder dritten Blick erkennbar. Wem sieht man beim Spazierengehen schon an, dass er oder sie die Kreditraten fürs dringend benötigte Fahrzeug nicht mehr zahlen kann? Zu den allgemein anerkannten Bewertungskriterien für Armut zählt z.B. die Möglichkeit, ein unerwartetes Ereignis (etwa Defekt von Haushaltsgeräten) bis zu ca. 950 € jederzeit ohne Verschuldung begleichen zu können. Wer diesen Punkt nicht erfüllt, muss noch lange nicht hungrig oder seine Wohnung verloren haben. Die mate-

terreich. Die angeblich zur „Bekämpfung der Armut“ eingeführte Mindestsicherung beträgt jedoch für eine Einzelperson nur 793 €.

Weit mehr als eine Million Menschen in Österreich sind arm oder akut armutsgefährdet. Davon ist ein bedeutender Teil „arm trotz Arbeit“, im Englischen „working poor“ genannt. Über 500.000 leben in „working poor“-Haushalten. Über diese Tatsachen ist der SPÖ-Sozialminister Hundstorfer skandalöserweise ... erfreut (!), da die working-poor-Rate im EU-Vergleich im unteren Viertel liegt. Das bedeutet jedoch nur, dass es in anderen Teilen Europas noch schlimmer steht. Ach ja, ein wichtiger Hinweis zur Entwicklung der Statistik über die letzten zehn Jahre: Die Zahl der offiziell berechneten working poor sinkt deshalb, da durch die kapitalistische Krise viele den Job verloren haben und somit nun unter den „gewöhnlichen“ Armen gelistet werden und nicht mehr als „working poor“. Es gibt somit für uns, im Gegensatz zur SPÖVP-Regierung, keinen Grund zur Entwarnung.

Laut Arbeitsklimaindex 2010 der Arbeiterkammer kommen 10 % der Beschäftigten mit ihrem Einkommen nicht aus. Die Mehrzahl davon arbeitet Vollzeit (über 36 Wochenstunden) sowie ganzjährig. Wenn sich die kapitalistischen Eliten weiterhin mit dem Kahlschlag bei Sozialleistungen sowie Löhnen und Gehältern durchsetzen, könnten in absehbarer Zeit mehr als 40 % der Bevöl-



kerung an oder (weit) unter die Armutsgrenze gedrängt werden. Zusätzlich kann ein erneuter Einbruch der Krise in Rekordzeit selbst vermeintlich stabile „Mittelschichten“ aus allen Wolken holen. Ein Blick nach Griechenland genügt.

Im Kapitalismus sind

Tendenzen ist die seit Beginn der 1980er Jahren sinkende Lohnquote (Anteil der ArbeitnehmerInnen-Einkommen am Gesamteinkommen). Gleichzeitig wächst die Sockel-Arbeitslosigkeit. Der Prozess der Prekarisierung, die „Mc-Jobs“ & „Arbeit auf Ab-

ellen Revolution des späten 18. und gesamten 19. Jahrhunderts, war drückende Armut unter ArbeiterInnen nicht die Ausnahme, sondern die Regel: ungesunder sowie nicht ausreichender Wohnraum, 12-14 Arbeitsstunden am Tag, Hunger, Null Urlaub, kaum kultu-

...Millionen Menschen in Europa sind "arm trotz Arbeit".

die meisten Menschen gezwungen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen; ob als ArbeiterIn, AngestellteRr oder (Schein-)SelbständigeR. Der Preis für diese Arbeitskraft ist (immer) niedriger als der Wert, welcher durch die Arbeit geschaffen wird. Um im branchenweiten und darüber hinaus globalen Konkurrenzkampf bestehen zu können, sind die Unternehmen gezwungen, das Verhältnis weiter zu ungünsten der Beschäftigten zu verschieben – mit legalen und illegalen Mitteln. Das Wachstum der Produktivität spiegelt sich nicht in entsprechenden Lohnerhöhungen wider. Dass eine große Zahl von Menschen dadurch weniger Kaufkraft und Lebensqualität hat, wird aus dieser Sichtweise heraus als geringeres Übel angesehen. Unterm Strich ist das Vorhandensein von Armut und Arbeitslosigkeit für KapitalistInnen sogar vorteilhaft: Man kann Menschen lohn- und arbeitszeitmäßig leichter erpressen, wenn es anderen noch schlechter geht. Der eindeutige Beleg für diese

ruf“, verschlechtern die Situation aller Beschäftigten und Erwerbsarbeitslosen. Das rasche Aufeinanderfolgen von Krisen und die daraus folgende verstärkte Ausbeutung von Arbeit seit den 1980ern wurde durch Gewerkschaften und SPÖ NICHT bekämpft. Im Gegen teil führte die SPÖ die neoliberalen Angriffe mit an. Und vom ÖGB kommen nur Lippenbekenntnisse. Eine Folge all dessen sind die vielen „working poor“.

Im Zuge dieses neoliberalen Kahlschlags der letzten Jahrzehnte expandierten die Niedriglohnbereiche, v.a. Einzelhandel, Dienstleistungen (z.B. Gastronomie und Reinigung) sowie Leiharbeit, u.a. in Produktionsberufen. In diesen Sektoren ist ca. ein Drittel der Frauen tätig. Besonders betroffen sind hier auch MigrantInnen. Doch „working poor“ gibt es nicht nur im Niedriglohnsektor. Auch ist das „Phänomen“ keineswegs neu oder „aus Amerika“. Gerade in den Anfangsphasen des Kapitalismus in Europa, während der Industri-



Im Kapitalismus arbeiten wir, um zu überleben. Dass das Geld für diese Arbeit oft nicht reicht, zeigen die Probleme von working poor gut. Doch wer definiert eigentlich, wie viel Geld mensch am Ende eines arbeitsreichen Monats erhält? Wer bzw. was bestimmt, welchen Wert und Preis die Ware Arbeitskraft hat?

Um Waren produzieren zu können, benötigen KapitalistInnen neben Produktionsmitteln (z.B. Maschinen) vor allen eines: Arbeitskraft. Und diese kaufen sie von ArbeiterInnen. Wobei die Beschäftigten im wesentlichen ihre Arbeitszeit bezahlt bekommen, innerhalb derer sie möglichst viel leisten.

In einem profitorientierten System wird der Preis einer Ware nicht, wie von bürgerlichen ÖkonomInnen skizziert, durch Angebot und Nachfrage bestimmt. Marx zeigte, dass diese beiden Faktoren nur die Schwankun-

Wieviel ist Arbeit eigentlich wert?

gen im Preis von Waren bestimmen. „Er (Marx) zeigte, dass der Wert einer jeden Ware durch die Menge der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit bestimmt wird, die zur Produktion der Ware erforderlich ist“ (W.I. Lenin, „Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus“). Aus der Zeit, welche in die Produktion einer Ware investiert werden muss, ergibt sich ihr Wert. Auch Rohstoffe, wie z.B. Gold erhalten ihren Wert durch die in sie investierte Arbeitszeit. Für die „Bergung“ von Rohstoffen wie Gold oder Edelsteinen ist ein enormer Arbeitsaufwand nötig. Darum sind diese so teuer.

Das gilt auch für die Produktion der Ware Arbeitskraft. Die ArbeiterInnenklasse muss ernährt, ausgebildet und arbeitsfähig erhalten werden, die nächste Generation muss erzeugt werden. Diesen unmenschlichen Zugang zum Mensch hat Marx nur analysiert, produziert hat diese Realität die Klassengesellschaft.

Lohn bzw. Gehalt entsprechen nicht der Leistung der Beschäftigten, sondern den zur Reproduktion ihrer Arbeitskraft nötigen Kosten. Leistung lohnt sich nicht für die Beschäftigten, sondern für die KapitalistInnen, die den „Mehrwert“ einstreifen. Im Kapitalismus werden die ArbeiterInnen also immer ausgebeutet, da sie nur einen Teil der von ihnen geschaffenen Werte bezahlt bekommen. Ausbeutung entsteht nicht nur dort, wo Menschen offenkundig hungern oder als manifest arm gelten, sondern täglich und überall. „Das Kapital ... ist wesentlich Kommando über unbezahlte Arbeit. Aller Mehrwert, in welcher besondern Gestalt von Profit, Zins, Rente usw. er sich später krisztallisiere, ist seiner Substanz nach Materiatur unbezahlter Arbeitszeit“ (Karl Marx, Friedrich Engels, Das Kapital). Die Ausbeutung ist heutzutage oft sogar höher als vor 100 Jahren, obwohl der Lebensstandard gestiegen ist, da durch z.B. Intensivierung der Arbeit auch die Zeit, in welcher die ArbeiterInnen „ihren“ Anteil produzieren, gekürzt wird.

Ständig findet ein Verteilungskampf um den Anteil dieser unbezahlten Arbeit und damit um den Lebensstandard statt. Lohn- und Urlaubsfragen sind nur zwei Möglichkeiten dafür. Weil die Interessen der ArbeiterInnen und der KapitalistInnen grundverschieden sind, besteht der Klassenkampf, der Kampf um den Mehrwert, den Anteil unbezahlter Arbeit, den Lebensstandard. Die Existenz von working poor drückt also eine Schwäche der ArbeiterInnenbewegung aus, da ihnen nur geringe Reproduktionskosten zugestanden werden.

Moritz C. Erkl

Franz Neuhold



Höhere Löhne müssen wir selbst erkämpfen!

Es ist Wahlkampf, also kehren alle Parteien ihre „soziale“ Seite heraus. Die Grünen fordern einen gesetzlichen Mindestlohn von 1.450,- brutto sowie die Senkung der Versicherungsbeiträge für „EinpersonenunternehmerIn-

In Wirklichkeit sind viele schlecht bezahlt, wie z.B. KindergärtnerInnen, oder prekär angestellt, wie z.B. die Wiener AbfallberaterInnen, die sich in einem Kampf gegen ihre unsicheren und schlecht entlohten Dienstverträge befin-

Leider ist die Wirklichkeit anders. Im vergangenen Jahr verhinderte die ÖGB-Führung Streiks im Gesundheitsbereich, unterstützte Nulllohnrunden und handelte Kollektivverträge in der Leiharbeitsbranche aus, die

werden, sind am Tag nach den Wahlen wieder ver-

gessen.

Deshalb müssen wir auf betrieblicher Ebene auf Selbstorganisation setzen. Mit der Lage unzufriedene KollegInnen müssen sich zusammenschließen und z.B. für den Betriebsrat kandidieren. Gleichzeitig braucht es überregionale Strukturen, was z.B. BetriebsräteInnen in der Leiharbeitsbranche derzeit ansatzweise versuchen.

Ein effektiver Kampf gegen Niedriglöhne muss organisiert werden. Dazu wäre eine gemeinsame Aktionskonferenz aller interessierten Kräfte sinnvoll, wo auch linke Gewerkschaftsstrukturen wie GLB oder KIV eine Rolle spielen könnten. Eine solche Konferenz könnte ein Aktionsprogramm von Betriebsversammlungen und sogar Streiks beschließen und deren Organisation in die Wege leiten.

Die Fraktionen könnten zu einer solchen Konferenz einladen. Leider zieren sie sich. Auch die KollegInnen der sozialdemokratischen Fraktion FSG müssen sich fragen, wie lange sie noch nach der Pfeife einer SPÖ tanzen wollen, die längst nicht mehr die Interessen

der Lohnabhängigen in Österreich vertritt.

Außerdem: Niedriglöhne werden politisch ermöglicht, sie müssen politisch bekämpft werden. Keine der jetzt existenten Parteien wird sich dieser Aufgabe annehmen. Wir müssen deshalb eine eigene Partei aufbauen, die konsequent gegen Niedriglöhne vorgeht. Dazu gehört auch der Kampf gegen Privatisierung und Auslagerung: Arbeiten wie etwa Reinigung von Krankenhäusern oder Bau von Infrastruktur müssen von der Öffentlichen Hand geleistet und ordentlich entlohnt werden.

Ein Blick nach Deutschland zeigt, dass der Aufbau einer solchen Partei möglich ist. Die Linkspartei entstand aus einer Massenbewegung gegen die Sozialabbaupolitik einer rot/grünen Bundesregierung. Die SLP tritt zu den Nationalratswahlen mit der Forderung für einen Mindestlohn von 1.700 Euro brutto im Monat an. Wir werden den Wahlkampf nutzen, um Kämpfe von KollegInnen für höhere Löhne zu unterstützen und voranzubringen. Auch nach den Wahlen. Wenn Du mitmachen willst, tritt mit uns in Kontakt. **Christian Bunke**

Die Parteien haben die „working poor“ entdeckt. Gegen Niedriglöhne kämpfen sie nicht.

nen“, die in Wirklichkeit oft prekär Beschäftigte sind. Die SPÖ fordert Reichensteuern. Diese Forderung wird auch vom ÖGB übernommen. Doch muss sich die SPÖ ausgerechnet von der ÖVP beim Thema „working poor“ angreifen lassen. „Warum ist Wien die Stadt der working poor?“ fragt der Wiener ÖVP Chef Manfred Juraczka.

Tatsächlich hat es in Wien immer wieder Kämpfe gegen Niedriglöhne gegeben. Die Wiener Gemeindebediensteten haben zu 80 % eine geplante Nulllohnrunde abgelehnt und mit Betriebsversammlungen dagegen protestiert. Gemeindebedienstete werden in der Öffentlichkeit gern als überbezahl und faul dargestellt.

den. Im Wiener AKH arbeiten rund 1.000 Beschäftigte über Leiharbeitsfirmen und fordern nun mit der Initiative „Übernahme statt Fremdvergabe“ gleiche Arbeitsbedingungen für Alle im AKH.

Auch die Bundesregierung produziert durch ihre Sparpolitik immer mehr „working poor“ und so ruft es beim staatlichen ORF immer wieder bei den freien MitarbeiterInnen, deren Entlohnung zum Überleben nicht reicht.

Der ÖGB fordert einen Mindestlohn von 1.500 Euro. Dazu ÖGB-Vorsitzender Foglar am 1. Mai in Wien: „Wir kämpfen gegen Steuerhinterziehung und für die working poor, die oft die Schwächsten in der Gesellschaft sind.“

schlechte Löhne für Tausende KollegInnen fest-schreiben.

Zwar ist es besser als nichts, wenn LeiharbeiterInnen kollektivvertraglich abgesichert sind. Doch schreiben solche Verträge die Ungleichheit zwischen ZeitarbeiterInnen und fest angestellten KollegInnen fest. Aufgabe der Gewerkschaft muss sein, gleiche Löhne für alle zu erkämpfen.

Doch ohne organisierten Druck von unten wird die ÖGB-Spitze nichts tun. Sie ist mit der SPÖ, aber auch der ÖVP verbunden. ÖGB-FunktionärInnen tragen im Parlament genau die Politik mit, die zu Niedriglöhnen führt. Die Sonntagsreden, die zu Wahlkampfzeiten geführt

Die gefährliche MLM-Pyramide

Jugendliche kennen das:

Freizeitangebote werden teurer, das Geld weniger, gute Jobs sind Mangelware. Eine perfekte Voraussetzung für als MLM- (Multi-Level-Marketing) oder NM- (Network Marketing) Firmen getarnte Pyramiden Spiele, um Jugendliche zu werben. Das Prinzip: Die Mitglieder kaufen Produkte der Firma, verkaufen diese im Bekanntenkreis und werben neue Mitglieder. Auch in Wien wird rekrutiert, indem Mitglieder als „Home Parties“ getarnte Werbe-Events organisieren. Versprochen werden unbegrenzte Möglichkeiten, finanzielle Unabhängigkeit, mehr Freizeit und flexible Arbeitszeiten. Werbefilme zeigen vor Zufriedenheit und Reichtum überschäumende Leute. Der Schein trügt: Fast nur die GründerInnen des Unternehmens, die auf der Pyramide ganz oben stehen, verdienen wirklich dabei. Bei Herbalife, einem der größten dieser Art, erhalten nur 1,6 % aller 1,6 Millionen BeraterInnen einen Betrag der mindestens einem gut bezahlten Vollzeitjob entspricht. An der Spitze stehen nur 31 Personen, die Millionen einstreichen. Das entlarvt auch die Behauptungen, es werde damit der Kapitalismus „umgangen“, weil jedeR die Möglich-

Yanna Ndiaye

keit hätte, Geld zu verdienen. Die Produkte werden durch kapitalistische Ausbeutung hergestellt. Das nötige Startkapital, um Produkte zum verkaufen zu bekommen, stürzt Jugendliche in Schulden. Das „billigere“ „Silver Builder Package“ von „Vemma“ z.B. kostet fast 400 €. Neue Mitglieder werden jedoch genötigt, das „goldene“ zu kaufen - für knapp 800 €.

Die Grenze zwischen legalen MLMs und illegalen Pyramidenspielen ist verschwommen, trotzdem fördert die Wirtschaftskammer MLMs. Oft, wie bei Charles Ponzi, Yimpas oder auch beim „Madoff-Skandal“ sind Unternehmen „gute MLMs“, bis sie zusammenbrechen und werden dann „böse Pyramiden Spiele“. Und zusammenbrechen müssen sie: Die Basis der Pyramide bleibt früher oder später auf ihren Produkten sitzen, verschuldet sich und bricht ein, während die oben sich noch rechtzeitig aus der Schlinge ziehen können. In Albanien führte das 1997 zu schweren Aufständen, die die Regierung stürzten. Pyramiden Spiele sind keine „antikapitalistische“ oder saubere Alternative, Geld zu verdienen, sondern nur ein Weg für Wenige, an der Arbeit Anderer zu verdienen.



Nie wieder Josefstadt!

Ein 14-Jähriger wird im Wiener Jugendgefängnis Josefstadt vergewaltigt und misshandelt. ÖVP-

Order, speziell bei Jugendlichen. Und das, obwohl die Jugendkriminalität in den letzten Jahr-

Wegsperren ins Gefängnis hilft nicht gegen Kriminalität. Fast 40% in Österreich werden rückfällig. Unter den 14-17 Jährigen sind es sogar 62,2%. Doch in Zeiten der Krise spart der Staat genau dort, wo Jugendliche besonders getroffen werden: Jugendzentren müssen mangels Förderungen zusperren. „Rat auf Draht“ wird eingespart. 2009 und 2010 kürzte die Regierung dem Bewährungshilfe-Verein „Neustart“ die Mittel. Statt dem Gefängnis-Horror braucht es echte Jobs, und Geld für Jugend- und Sozialeinrichtungen.

Sebastian Kugler

Jugend- & Betreuungszentren statt Law & Order-Politik!

Justizministerin Karl fällt dazu nur „Strafvollzug ist kein Paradies“ ein. Der Gipfel: Das Opfer war nur in U-Haft und nicht einmal verurteilt! Die Missstände im österreichischen Jugendstrafvollzug sind längst bekannt wie alte und neue Skandale zeigen.

Anstatt die Ursachen von Kriminalität zu bekämpfen, setzt der Staat immer mehr auf Law &

zehnten massiv zurückging!

Gab es 1980 noch 8.763 Verurteilungen, waren es 2012 nur noch 2.562. Aber damals wurden nur durchschnittlich 25% der Verurteilten ins Gefängnis geschickt. 2012 waren es schon 60,3%! Und Karl besitzt die Frechheit, zu behaupten, der Jugendstrafvollzug funktioniere „so gut wie nie zuvor“!

Rettet die Ausbildungsgarantie die Jugend?

2012 betrug die Jugendarbeitslosenquote in Griechenland 55,3 %, in Spanien 53,2 %, in Österreich „nur“ 8,7 %. Die Regierung röhmt sich und nennt die Ausbildungsgarantie ein „Vorbild“. Die bedeutet jedoch AMS-Schikanen, Abstellen in Lehrwerkstätten und Praktika. Unternehmen bekommen billige oder Gratisarbeitskräfte und wälzen die Kosten für die Ausbildung auf die Öffentlichkeit ab. Sichere Jobs mit gutem Einkom-

men bekommen Jugendliche nicht. Österreich ist als wirtschaftlicher Wurmfotsatz Deutschlands noch nicht so hart von der Krise getroffen. Die noch(!) niedrigeren Zahlen in Österreich haben mit der Regierung also nichts zu tun. Dass fast 40.000 junge Menschen unter 25 ohne Job sind und sich die Zukunftschancen für Viele durch miese Löhne und Kürzungen im Bildungswesen verringern werden, hingegen schon.

Fundstück des Monats

→ FÜR DIE REGION.
ARBEITEN.



Radikal wie schon lange nicht steigt die Sozialistische Jugend für den SPÖ-Wahlkampf in den Ring. Der Vorsitzende der „Speerspitze der Linken“, Wolfgang Moitzi, prä-

sentiert auf dem Plakat wahrlich einen kämpferischen Kurs und passt sich nicht an die üblichen leeren Weichspülphrasen der SPÖ an. Hoppla, eigentlich doch...





Aufstand in der Türkei

Auslöser der Proteste war, dass der Gezi-Park am Taksim-Platz in Istanbul abgerissen und durch ein Einkaufszentrum ersetzt werden sollte. 50-60 AktivistInnen besetzten den Platz, um das Fällen von Bäumen zu verhindern. In der Nacht wurden ihre Zelte von der Polizei angezündet. Daraufhin strömten in vielen Städten Millionen unter dem Motto „Überall ist Taksim, Überall ist Widerstand“ auf die

faktor war und mehrmals geputscht hatte. Damit hatte sie Unterstützung von breiten Schichten der Gesellschaft und stellte sich als bürgerlich demokratisch dar. Die AKP versucht trotz globaler Krise, die Wirtschaft zugunsten der Superreichen anzukurbeln. Sie führte das größte Privatisierungsprogramm der Geschichte des Landes durch. Geplant sind ein dritter Flughafen,

Die Arbeitslosigkeit verringert sich, aber die neuen Jobs sind Niedriglohnjobs mit prekären Bedingungen. Arbeitsunfälle sind ein akutes Problem und viele arbeiten mehr als 10 Stunden/Tag.

Vor diesen Hintergrund versucht die AKP das tägliche Leben entlang ihrer islamisch-konservativen Ideologie und durch Staatsgewalt zu bestimmen. Frauen sol-

te mit Forderungen nach kostenloser Bildung aufhängen, werden für Jahre ins Gefängnis gesteckt. Wenn JournalistInnen Erdogan kritisieren, werden sie vor die Tür gesetzt. Die Rechte von Minderheiten werden nicht anerkannt. KurdInnen haben kein Recht auf Bildung in ihrer Muttersprache.

Der Taksim-Platz und Gezi-Park wurden geräumt, bis jetzt gibt

Parks und organisieren Debatten, um über Probleme zu sprechen und Alternativen zu diskutieren. Sosyalist Alternatif, die Kräfte des CWI in der Türkei, war bei den Protesten dabei. Unsere Forderungen umfassen u.a. volle demokratische Rechte sowie sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen, ein Ende der Repression gegen Minderheiten, aber auch soziale Forderungen nach

Wie eine Parkbesetzung gegen ein Bauprojekt eine Massenbewegung gegen die Erdogan-Regierung entzündet.

Straße. Die aufgestauten Wut auf Erdogan entzündete eine Massenbewegung. Alle Schichten der Gesellschaft, die unter der autoritären Politik der AKP-Regierung leiden, skandierten gemeinsam „Erdogan muss weg!“.

Die AKP (Partei der Gerechtigkeit und Entwicklung), eine islamisch-konservative pro-kapitalistische Partei, ist seit 10 Jahren Regierungspartei. Sie kam nach einer Wirtschaftskrise an die Macht. Der Aufschwung bot eine günstige Ausgangslage für ihre neoliberale Politik. Sie stellte sich anfangs gegen das Militär, das seit der Gründung der Republik Macht-

eine dritte Brücke über den Bosporus, ein Kanal zwischen dem Schwarzen Meer und Marmara. In Istanbul wurden im Rahmen des städtischen Umbauprogramms tausende Häuser abgerissen. Die BewohnerInnen sind gezwungen, ihre Stadtteile zu verlassen. Diese Projekte kosten Milliarden, die in die Kassen der Großkonzerne fließen. Das war auch der Grund für die große Wut und warum die Regierung so scharf gegen die Besetzung des Gezi-Parks agierte. Es stehen Profite auf dem Spiel.

Die türkische Wirtschaft ist in den letzten 10 Jahren gewachsen. Aber das Wachstum kommt nicht bei der Bevölkerung an.

len mindestens drei Kinder zu Welt bringen, es gibt ein Abtreibungsverbot. Das Bildungssystem wurde umgestellt, um die nächste Generation besser unter Kontrolle zu haben und in Richtung Religion zu beeinflussen. Aber die Menschen haben genug. Das neue Gesetz über die Alkoholordnung kam bei den Menschen als ein Verbot an. Jede kleinste Aktion von Oppositionellen wird durch Polizeigewalt niedergeschlagen. Die Polizei schießt mit Pfefferkugeln auf DemonstrantInnen wie mit Wasserpistolen. Gaspištolen werden als Schusswaffen auf die Demonstrierenden gerichtet. Studierende, die Transparenten

es vier Tote. Hunderte wurden festgenommen und Dutzende verhaftet. Auf AktivistInnen wurde eine Hexenjagd eröffnet. Aber die Proteste dauern an: „Das ist erst Anfang, der Kampf geht weiter“. Die nächsten Monate werden wegen der politischen Situation in der Region, aber auch in der Türkei selbst, angespannt sein. In neun Monaten finden Kommunal- und Präsidentenwahlen statt, vielleicht auch vorgezogene Parlamentswahlen. Eine neue Verfassung steht seit Langem auf der Tagesordnung.

Und die Wut der Massen wird jeden Tag größer. Immer wieder sammeln sich Menschen in den

einer deutlichen Anhebung des Mindestlohns, Wiederverstaatlichung der privatisierten Betriebe und ordentliche Wohnungen für alle. Entscheidend ist aber vor allem die Frage einer Regierung der ArbeitnehmerInnen und Jugend, die diese Forderungen umsetzen und den Kapitalismus durch eine demokratisch geplante Wirtschaft ersetzen kann.

Nihat Candan,
Sosyalist Alternatif,
CWI-Türkei
<http://www.sosyalistalternatif.com/>

Bosnien: gemeinnamige Proteste

In den 1990ern zerbrach Jugoslawien. Im Zuge der wirtschaftlichen Misere begannen die lokalen Parteibürokratien den jeweils anderen Teilrepubliken die Schuld an Inflation und Armut zu geben. Aus KP-BürokratInnen wurden nationalistische SeparatistInnen. Mehrere blutige Kriege waren die Folge. Besonders brutal in Bosnien. Umso bedeutsamer sind soziale Kämpfe, die nationale Spaltungen überwinden. Und diese nehmen in allen ex-jugoslawischen Gebieten zu. Im Juni blockierten tausende BosnierInnen – muslimische BosnierInnen, Kroatinnen und Serbinnen gemeinsam – das Parlament in Sarajevo. 800 Menschen, PolitikerInnen und ManagerInnen verschiedener internationaler Konzerne, waren stundenlang im Parlament eingesperrt. Mit Sitzblockaden wurde das Gebäude komplett abgeriegelt.

Bürgerliche PolitikerInnen sind heute oft nicht mehr in der Lage, die einfachsten Probleme zu lösen. Grund für den gemeinsamen Aufstand war die Unfähigkeit, sich auf gemeinsame Personenregister zu einigen. Deshalb gab es für Neugeborene keine Möglichkeit auf einen Reisepass. Die schwer kranke Belima Ibrisevic

Michael Gehmacher

konnte daher nicht nach Deutschland reisen. Spontan begannen am 5.6. in Sarajevo Protestkundgebungen. Rasch nachdem sich die ersten paar hundert DemonstrantInnen vor dem Parlament einfanden, kündigten die PolitikerInnen eine Einigung und eine Umsetzung in drei Monaten an. Die DemonstrantInnen ließen sich nicht abspeisen, sie mobilisierten weitere Menschen und blockierten das Parlament, um einen sofortigen Beschluss zu erzwingen. Die verschiedenen bosnischen Parteien begannen sofort, die jeweiligen anderen Parteien zu beschuldigen, „ihre“ Volksgruppe gegen die Partei einer anderen Volksgruppe mobilisiert zu haben. Es ist ein großer Erfolg, dass sich die DemonstrantInnen davon nicht beeindrucken ließen. Denn mit der Wirtschaftskrise besteht die Gefahr, dass der Nationalismus wieder eine stärkere Basis bekommt. Z. B. gibt es in Bosnien bei knapp 4,6 Millionen EinwohnerInnen offiziell 550.000 Arbeitslose. Doch die Blockade zeigt, dass viele Menschen über nationalistische Grenzen hinweg bereit zum sozialen Widerstand sind. Daran kann eine neue linke Bewegung in Bosnien anknüpfen.

Michael Gehmacher



Ägypten: Die zweite Revolution

2012 hatten viele Menschen Hoffnungen in Mohammed Mursi von der Moslembruderschaft (MB). Diese wur-

den. 14 -17 Mio. gingen landesweit auf die Straße. Am 3.7. setzte das Militär Mursi ab und installierte den Chef des Verfassungs-

– sie steht für Ausverkauf des Landes und Sozialabbau. MB, Militär (kontrolliert 40% der Wirtschaft) und die bürgerliche Op-

Kein Vertrauen in das Militär – unabhängige Organisation der ArbeiterInnen und Jugend nötig

den schnell enttäuscht: Wirtschaft am Rande des Kollapses, Preise explodieren, Arbeitslosigkeit steigt, Benzin und Strom sind Mangelware. Die Regierung agierte zunehmend autoritär, teilte das Land unter ihren Loyalen auf und ging brutal gegen DemonstrantInnen, Gewerkschaften etc. vor.

Um den 30.06., dem Jahrestag von Mursis Machtantritt, erhoben sich die ÄgypterIn-

gerichts als neues Staatsoberhaupt. Die MB haben aber eine große Basis, die geschworen hat sich „bis aufs Blut“ zu verteidigen. Das Vorgehen des Militärs erinnert an dessen Herrschaft nach dem Sturz Mubaraks 2011. Es geht nicht um Demokratie und Säkularismus, sondern um Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung. Ebenso ist die „liberale“ Opposition um el-Baradei keine Option

position sind v.a. Fraktionen des kapitalistischen Establishments. Niemand von ihnen wird die soziale Krise lösen können, alle sind repressiv. Die ArbeiterInnenklasse und Jugend hat aber zum zweiten Mal bewiesen, dass sie diese Politik nicht akzeptieren und das Regime stürzen können. Sie werden sich auch in Zukunft nicht aufhalten lassen.

Georg Maier

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

Internationale Solidarität!

Südafrika: VORWÄRTS berichtete schon über die Streikbewegung der BergarbeiterInnen in Südafrika, in der das Democratic Socialist Movement (CWI in Südafrika) eine zentrale Rolle spielt. Nun behauptet der Kopf des regierenden ANC, dass „Ausländer“ die dortige „Anarchie“ verursacht haben. Damit hetzt er gegen Liv Shange, eine schwedischstämmige Aktivistin, die seit Jahren in Südafrika lebt

und führend in DSM und Streik ist. Ihr wird nach einem Urlaub die Einreise zu ihren Kindern verweigert. Der ANC argumentiert hier rassistisch, als müssten „die Schwarzen“ von jemanden „angestifft“ werden, als würden sie nicht selbst draufkommen, sich zu wehren. Unterstütze die internationale Kampagne in Solidarität mit Liv.

www.socialistsouthafrica.co.za

Pro Snowden

In Hong Kong gab es am 15.6. eine Demo mit 1.000 Leuten zur Verteidigung von NSA-Aufdecker Snowden. Sally von Socialist Action (CWI in Hong Kong) hielt die Eröffnungsrede. Klar wurde, China und die USA haben große Gemeinsamkeiten bei der Überwachung. Sally forderte neben Asyl für Snowden u.a. auch die Freilassung von anderen AufdeckerInnen und die demokratische Kontrolle von NSA/CIA. www.socialistworld.net

Gewerkschaft

Pakistan: Das Socialist Movement Pakistan (CWI) hat eine unabhängige Frauenbewegung im Gesundheitsbereich mit aufgebaut. Diese gewann schon vier wesentliche Kämpfe gegen korrupte Gesundheitsbehörden. Aus Angst vor dieser immer stärker werdenden Kraft versuchen diese jetzt Druck aufzubauen, z.B. mit Kündigungsdrohungen. Die Antwort: eine große Demo und eine landesweite Kampagne.

Blockupy

Auch heuer gab es groß angelegte Proteste in Frankfurt. 15.000 marschierten gegen die Politik der Banken und Konzerne, gegen Verarmung und Demokratieabbau. Die Antwort war massive Polizeigewalt. Neben Gewerkschaften und der Linkspartei war auch die Sozialistische Alternative (CWI in Deutschland) mit einem kämpferischen Block, in dem auch Flüchtlingsaktivisten mitgingen, vertreten.

www.sozialismus.info



Wie gegen Rassismus und Rechtsextremismus kämpfen?

Von Lichtermeeren, Festen, Konzerten bis zu Verbotsverfahren wurde schon viel ausprobiert. Geholfen hat wenig.

In den letzten 20 Jahren konnte weder der Aufstieg der FPÖ noch die Verschärfung der rassistischen Gesetze aufgehalten werden. Rassistische, islamophobe und antisemitische Positionen sind heute so weit verbreitet wie schon lange nicht. Hier ist das Problem: Unzählige Lichterketten, Mahnwachen und multikulturelle Stadtteilfeste haben Rechtsextremismus nicht gestoppt. Das liegt an der Methode. Ein antifaschistisches „Fest der Freude“ am Heldenplatz stoppt keine Burghenschafter, sondern versichert die TeilnehmerInnen nur ihrer eigenen moralischen Überlegenheit (welche ohne Zweifel gegeben ist).

Dahinter steht ein falsches Verständnis davon, wie Rechtsextremismus und Rassismus entstehen. Es liegt nicht daran, dass Menschen nicht miteinander kommunizieren, oder dass es den Rechten an Bildung fehle (auch wenn es selten die klügsten Söhne und Töchter der Nation sind, die am vehementesten für sie streiten). Rechtes/rassistisches Gedanken-gut entwickelt sich aus

sozialen Bedingungen heraus. Der ökonomische Druck auf Menschen (miese Löhne und Sozialleistungen, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot etc.) wird von rechten Parteien auf „die AusländerInnen“ abgewälzt. Die oft diffuse Unzufriedenheit mit der sozialen Situation schlägt um in Hass auf MigrantInnen, Muslime Juden/Jüdinnen. Dass dies möglich ist, liegt am Mangel an verbindenden Klassenkämpfen und am Mangel einer starken sozialistischen Alternative. Solange die FPÖ relativ unwidersprochen „AusländerInnen“ für die soziale Misere verantwortlich machen kann und es keinen breiten Kampf für höhere Löhne, gegen Arbeits- und Wohnungslosigkeit gibt, werden Menschen blau wählen – ungeachtet aller moralischen Appelle.

Auch Verbote rechtsextrem/neonazistischer Parteien lösen das Problem nicht. Sie können zwar insofern hilfreich sein, als dass sie Finanzmittel, Propagandamöglichkeiten etc. kurzzeitig blockieren; die Rechts-extremen haben sich

aber immer wieder neu formiert. Der belgische Vlaams Blok kam 2004 seinem Verbot mit Neu-gründung als Vlaams Belang zuvor. Verbogene deutsche Nazigruppen organisierten sich (mit fleißiger Unterstützung des Verfassungsschutzes) schnellstens um, in Frankreich löste sich die faschistische JNR 2013 auf, um dem Verbot zu entgehen.

Selbst ehemalige moralische AntirassistInnen (u.a. die Dönmez und Pilz) machen bei der politischen Prügelorgie gegen MigrantInnen mit. Die grüne Prominenz würde bei MigrantInnen gerne Gesinnungsprüfungen vornehmen um bedrohliche und antide-mokratische Kräfte aus dem Land zu halten. Da-von abgesehen, dass hier plumper Rassismus vorliegt, bringt die Abschiebung von nicht genehmen Personen schlicht nichts. Auch hier gilt: reaktionäres Gedankengut ist den Menschen nicht angeboren sondern entwickelt sich auf gesell-schaftlicher Grundlage. Ebenso falsch sind aber auch kulturrelativistische

Ansätze, die reaktionäre Haltungen und Praktiken mit dem Verweis auf andere Kulturen legitimieren. Man muss Frauenunterdrückung, Rassismus, Anti-semitismus, Homophobie etc. überall entgegentreten. Ja, auch unter MigrantInnen gibt es reaktionäre Einstellungen. Das liegt einerseits an der fremdenfeindlichen Hetze, die bei vielen einen Rückzug auf „alte Werte“ verursachten. Vor allem liegt es aber am Versagen des ÖGB, MigrantInnen gemeinsam mit ÖsterreicherInnen zu organisieren, eine soziale Alternative anzubieten und gemeinsam Kämpfe zu führen.

Die bürgerlich-moralischen und rechtsstaatlichen Zugänge haben ihre Unfähigkeit zu oft unter Beweis gestellt. Konsequenter Antifa-schismus sieht anders aus; der bedeutet zu allererst, Rechtsextremismus und Rassismus als Produkte des Kapitalismus zu sehen und die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen. Das heißt, dass der Kampf gegen Rechts mit dem

Kampf für soziale Rechte verbunden werden muss. Konkret: Als 2010 die ArbeiterInnen des türkischen Konzerns Tekel streikten, hatten weder islamistische, noch nationalistische und reaktionäre Kräfte eine Chance. Türkische und kurdische ArbeiterInnen kämpften gemeinsam für ihre sozialen Rechte und konnten so auch die Rechten und Reaktionäre zurückdrängen.

Besonders Gewerkschaf-ten sind gefragt, MigrantInnen und ÖsterreicherInnen gemeinsam zu organisieren. Nicht deshalb, weil wir uns alle liebhaben müssen, son-dern weil dies der einzige Weg ist, innerhalb der ArbeiterInnenklasse Rassismus und Anknüp-fungspunkte für Rechts-extreme zu überwinden. Gemeinsamer Kampf ge-gen den Kapitalismus und für eine demokratische, sozialistische Ge-sellschaft jenseits ver-meintlicher nationaler und religiöser Grenzen sind der beste Garant ge-gen Rassismus und rechte Hetze.

Jan Rybak

SLP-Programm genau erklärt:

Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit

für Schritt, ohne Sturz des Kapitalismus erreicht werden können. In Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs sind Verbesserungen ja auch umgesetzt worden – man denke an die Reformen der 60er

Keine dauerhafte Veränderung ohne Sturz des Kapitalismus.

dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.

In der Welt geht es gerade rund; überall gehen die Menschen auf die Straße, weil sie so nicht mehr weiterleben können. Eine der Schlüsselfragen in diesen Bewegungen ist: Wie können Verbesserungen dauerhaft erkämpft werden? Viele hoffen, dass diese Schritt

und 70er Jahre. Die herrschende Klasse musste dem Druck der ArbeiterInnenklasse Zugeständnisse machen – und der ökonomische Spielraum war da. Doch Reformen werden in Krisenzeiten zurückgenommen und genau das erleben wir seit den 80er Jahren. Die „Reformen“ sind Verschlechterungen – Stichwort Pensionsreform, Gesundheitsreform etc. In Zeiten

der Krise ist der Kuchen kleiner bzw. keiner mehr übrig. Wer den Kapitalismus akzeptiert, hat dann diesen Verschlechterungen nichts entgegenzusetzen. Reformen sind oft Nebenprodukte von revolutionären Situationen: Der Achtstundentag, allgemeines Wahlrecht, etc. waren Folge der revolutionären Welle nach dem 1. Weltkrieg. Doch auch diese Rechte sind heute unter Beschuss. SozialistInnen sind die entschiedensten KämpferInnen für Reformen. Doch immer mit dem Wissen, dass diese im Kapitalismus nicht von Dauer sind und deswegen eine revolutionäre Veränderung notwendig ist, um genau diese Reformen auch dauerhaft abzusichern.

Webtipp:
www.slp.at

Neue Broschüre: Schwarzbuch Stronach

Ein Gespenst geht um in Österreich. Das Gespenst Frank Stronach. Der neoliberalen Milliardär und Gewerkschaftsfeind profitiert von der berechtigten Wut über die etablierten Parteien. Doch hinter dem wirren Auftreten und den leeren Phrasen steckt eine gefährliche Agenda. Im „Schwarzbuch Stronach“ wollen wir das Phänomen Frank entzaubern. Das gepriesene „Mag-

na-Modell“ wird als gewerkschaftsfeindliches Almosensystem entlarvt. Das Programm des „Team Stronach“ ist eine neoliberalen Dampfwalze, die alles den zerstörenden Kräften der Märkte öffnen will. Auch Stronachs langjähriges politisches Engagement in Österreich wird beleuchtet. Sein Netzwerk von PolitikerInnen, die auf der Gehaltsliste Magnas stehen, wird offengelegt.

Auch wenn das Team Stronach ein biologisches Ablaufdatum hat, dient es als Rammbock, um die gesamte politische Debatte nach rechts zu drücken: Schuldenabbau als oberstes Gebot, Frontalangriffe auf die Gewerkschaften usw. Notwendig ist der Aufbau einer linken Alternative, die den Platz, den Scharlatane wie Stronach zu Unrecht einnehmen, mit sozialistischen Inhalten füllt.

Dein Geld für eine sozialistische Alternative!

Geschätzte 30 Millionen Euro werden die etablierten Parteien im Wahlkampf ausgeben. Die kostenlose Werbezeit im ORF nicht mitgerechnet. Finanziert vor allem durch unsere Steuer und den großzügigen Spenden aus der Wirtschaft (die sich dafür natürlich Gegenleistungen erwartet).

Dafür brauchen wir aber natürlich auch das Geld unserer UnterstützerInnen. Jeder einzelne Euro Deiner Spende fließt dabei in den Aufbau einer echten sozialistischen Alternative. Denn selbst der sparsamste Wahlkampf stellt dabei eine echte Hürde dar:

- 435.- kostet es, damit wir antreten dürfen“
- 1600.- kosten 5.000 Flyer mit unserem Programm
- 800.- kosten 500 Plakate mit Inhalt, ohne Weichspüler
- 200.- kosten 500 Aufkleber, u.a. gegen die FPÖ
- Bitte überweise Deine Spende auf unser Konto:
- PSK 8812.733 (Blz: 60.000)

Die SLP-Treffpunkte

GMUNDEN

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 18⁰⁰ Uhr
im ‚Wiener Café‘
Esplanade Gmunden

NIEDERÖSTERREICH

unregelmäßige Treffen
Infos per E-Mail slp@slp.at

WIEN

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
in der ‚Pizzeria La Piazza‘
20., Gaußplatz 7
Linie 31; Linie 5A – Gaußplatz
bzw. Nähe U4 Friedensbrücke

LINZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 18³⁰ Uhr
im ‚Alte Welt‘, Hauptplatz 4

SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 19⁰⁰ Uhr
im ‚Shakespeare‘
Hubert-Sattler-Gasse 3
Nähe Mirabellplatz

Kein SLP-Treffen in der Nähe?
Wir helfen Dir beim Aufbau!

SLP-Unigruppe

jeweils Dienstag, 19⁰⁰ Uhr
im ‚Café Safran‘, Hinterzimmer
4., Gusshausstraße 20
U1 / U2 / U4 Karlsplatz

SLP-Ortsgruppe

jeweils Mittwoch, 18³⁰ Uhr
im ‚Gasthaus Zypresse‘
7., Westbahnstraße 35A
U6 Burggasse; Linie 5

Zahlreiche Termine und Veranstaltungshinweise auf www.slp.at

Andere über uns



Die Flüchtlingsbewegung lebt: Ende Juni fand ein Treffen von VertreterInnen der Bewegung, des ÖGB und der Arbeiterkammer statt. In die Wege geleitet haben dies SLP-AktivistInnen. Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass den Worten der Gewerkschaften Taten folgen: Sie haben eine Verantwortung, Asylwerbende zu verteidigen – denn sie sind ArbeitnehmerInnen, denen grundlegende Rechte verwehrt werden!

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

seit September 2011:

Neues, handliches Format

Neues, modernes Design

Mehr Berichte & Analysen aus sozialistischer Sicht

Jahres-Abo (10 Ausgaben)

€ 24,- **Normal-Abo**

€ 14,- **Sozial-Abo** für Menschen ohne eigenem Einkommen ab € 7,-/Monat: **Alles Inklusive Abo** (alle Publikationen der SLP)



VORWÄRTS Jetzt abonnieren: www.slp.at

Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733

Reiche cashen – Arme schuften

20 % der Bevölkerung teilen sich drei
Viertel des Gesamtvermögens

Die Reichen werden reicher, die Armen ärmer. Was von UnternehmensvertreterInnen stets als 'Kampffloskel' belächelt wird, bestätigen Studien Jahr für Jahr. Das Wirtschaftsmagazin 'trend' veröffentlichte kürzlich die neuesten Daten: die "Oberen" konnten selbst in Zeiten der Krise ihre Vermögen vergrößern. Es geht um Milliardenbeträge. Geld, das von ArbeiterInnen erwirtschaftet wird, ist in Luxus angelegt, während Beschäftig-

te schuften und sich 43 % von ihnen heuer trotzdem keinen Urlaub leisten können.

Das Argument, Manager würden die hohen Gehälter (48x so hoch wie der Durchschnittslohn) durch die große Verantwortung verdienen, ist – wie die jüngsten Pleiten zeigen – falsch. Es sind immer ArbeiterInnen, die mit den Konsequenzen leben müssen, ihre Arbeitsplätze und Existenz verlieren. Eigentümer und Geschäfts-

führung sind von den Risiken befreit. Während das Sozialsystem ausgehöhlt und das Bildungssystem zugrunde gespart wird, ist Österreich immer noch eine Steueroase für Matešitz, Stronach & Co. Die reichsten 5 % besitzen fast die Hälfte des Gesamtvermögens – die untere Hälfte teilt sich magere 4 %. Es ist höchste Zeit, die Verantwortlichen anzuprangern und klarzustellen: Wir zahlen nicht für Eure Krise!

Gabriel Winkelmüller



- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.200 Euro netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbefristeten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitäler in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.

- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Ausreichend Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisierung und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit. Keine Kooperation & kein Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie BFJ, NVP & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik,

sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.

- Hunger, Krieg, Armut & Verschuldung sind die Folge imperialistischer, neokolonialer Politik. Für internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten und der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.